



Bereits im Titel seines Artikels »Die Lösung oder neoliberales Opium für das Volk?« bedient sich der ehemalige Spitzenkandidat der Berliner Humanwirtschaftspartei aus der Mottenkiste des Populismus und bleibt diesem Niveau auch im weiteren Verlauf seines Textes treu. Die auffallend unsachgemäße Art und Weise, mit der Prof. Heinrichs an dieses brisante Thema herangeht, macht es erforderlich, seinen Stil zu analysieren und seine Motive zu hinterfragen.

## Das Grundeinkommen: Droge oder Lebensmittel?

*Während sich erste Ministerpräsidenten der CDU für ein Grundeinkommen erwärmen, wettet der Spitzenkandidat der Berliner Humanwirtschaftspartei dagegen und bezeichnet das Konzept als »Pseudo-Utopie«.*

Prof. Johannes Heinrichs' Artikel »Die Lösung oder neoliberales Opium für das Volk« aus der Humanwirtschaft 4/06 rief bei BING, der Berliner Regionalgruppe der INWO, ungläubiges Staunen hervor. Die BINGer, die sowohl der Berliner Humanwirtschaft nahe stehen, als auch Mitglied im Netzwerk Grundeinkommen sind, sehen im bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) ein äußerst wichtiges, Konsens vermittelndes Konzept, das in der Lage ist, viele Organisationen aus dem linken Spektrum an einen Tisch zu bringen. Es wäre höchst ungeschickt, hier durch undurchdachte Äußerungen unnötiges Konfliktpotential zu schaffen.

### **Gute Mutterrente und schlechtes BGE?**

Im ersten Teil seines Artikels räumt Herr Heinrichs ein, dass die Idee des BGE etwas Bestechendes habe. Ganz, wie man es von einem Spitzenkandidaten der Humanwirtschaftspartei erwartet, betont er, dass die von Silvio Gesell vorgeschlagene Mutterrente ein sehr berechtigtes Anliegen sei. Verwunderlich ist hingegen, dass er sogleich eine Verwechslungsgefahr zwischen »guter« Mutterrente und

»schlechtem« BGE attestiert, gar von sprachlicher Gleichschaltung spricht und die Gefahr sieht, dass die Mutterrente in einen Strudel der Verwirrung gezogen werden könnte.

Für Herrn Heinrich steht von Anfang an fest: Das BGE ist eine Utopie. Anhand von kritischen Fragen möchte er dem Leser aufzeigen, inwieweit das Konzept auf Halbwahrheiten beruht. Leider sind seine Fragen mehr rhetorischer als kritischer Natur.

Verfestigt das BGE die Klassengegensätze? Wohl kaum. Klassengegensätze gibt es mit und ohne BGE. Beim BGE geht es ausschließlich darum, den Angehörigen der unteren »Klasse« die Existenz zu sichern. Ein pragmatischer und kurzfristig umsetzbarer Lösungsansatz für ein drängendes Problem – nicht mehr und nicht weniger. Keine Ideologie, keine Menschenläuterung, keine Weltrevolution.

Oberhalb des Sockels der Grundversorgung herrscht keine Leistungsgerechtigkeit? Bezieher hoher Einkommen sind Zinsgewinner? Leistungslose Einkommen aus Kapital- und Grundbesitz sind problematisch? Boden- und Kapitalbesitz werden nicht thematisiert? Kaum jemand in der Szene dürf-

te da widersprechen. Doch wo sind die kritischen Fragen, wo die Kritik am BGE?

Das BGE als Finte des Kapitalismus? Ein erstaunlicher Verdacht. Demnach hätten die Anhänger des BGE seit einem Vierteljahrhundert nichts weiter im Sinn, als das bestehende, ungerechte System zu stabilisieren. Wenn da etwas dran wäre, hätten vermutlich Organisationen wie der BDI an vorderster Front für das BGE gekämpft und es längst durchgesetzt.

Der respektvolle Umgang mit Leistung und Kreativität anderer ist einigen Verfechtern des BGE persönlich fremd? Mag sein, doch was ist daran schlimm, und was kann das BGE als Konzept für »einige« seiner Verfechter? Richtig ist: Es geht um einen Paradigmenwechsel, weg vom althergebrachten »wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen«, hin zur bedingungslosen Fürsorge der Gemeinschaft für ihre Mitglieder. Liegt darin nicht eine weit umfassendere Wertschätzung des Menschen als in der Leistungsethik, wie sie Herr Heinrichs bevorzugt?

### Unseriöse Vergleiche

Wenn Herr Heinrichs sich dazu hinreißen lässt, die potentiellen BGE-Bezieher als »menschliche Spiegelbilder des schmarotzenden Kapitals« zu bezeichnen, dann ist das eine nicht hinnehmbare Analogie. Wer Menschen als Schmarotzer bezeichnet, entmenschlicht sie, macht sie zu Ungeziefer, das es zu bekämpfen, das es auszurotten gilt. Dabei spielt es keine Rolle, ob man es direkt oder indirekt, z.B. über Spiegelbilder und dergleichen, formuliert. Victor Klemperer beschrieb es in LTI sehr treffend: »Worte können sein wie winzige Arsendosen, und nach einiger Zeit ist die Wirkung da«.

In einer Diskussion über das BGE haben derartige Entgleisungen nichts verloren, besonders wenn der Beitrag vom Spitzenkandidaten einer freiwirtschaftlichen Partei kommt. Es sei denn, man möchte Wasser auf die Mühlen derer gießen, die bei den Freiwirten immer noch Anzeichen für faschistische Tendenzen suchen. Niemand wird Herrn Heinrichs derartige Absichten unterstellen; den Vorwurf der Unsensibilität muss er sich allerdings gefallen lassen.

Und den der Unseriosität. Denn während es sich bei den leistungslosen Einkommen aus Kapitalbesitz um eine Mehrwertabschöpfung oder Knappheitsrendite handelt, ist das BGE eine soziale Transferleistung. Die zudem in ihrer Höhe begrenzt und in jedem Fall demokratisch zu legitimieren wäre. Hier über die Leistungslosigkeit eine Parallele zu konstruieren, ist eine bewusste Irreführung des Lesers. Rendite und Transferleistung sind nun einmal fundamental unterschiedliche Prinzipien.

Der von Heinrichs zitierte Herr Schlecht hat völlig recht, wenn er sagt, die Teilhabe aller an der Gesellschaft sei das Ziel jeder fortschrittlichen Politik. Aber: Wie funktioniert Teilhabe bei ihm? Ausschließlich über Erwerbsarbeit? Könnte die Teilhabe nicht auch über andere Tätigkeiten auf Basis eines BGE erfolgen? Wäre das nicht viel sinnvoller, als einen gro-

ßen Teil der Bevölkerung gegen jede volkswirtschaftliche Vernunft in Arbeit zu zwingen?

Übrigens: Müßiggang kommt von Muße. Muße heißt vor allem Zeit zum Nachdenken und Neubesinnen, sie ist Teil der »Vita contemplativa« und somit ein wichtiger Teil des menschlichen Daseins. Das sollte ein Sozialphilosoph nicht einfach ignorieren.

Auf die Frage »Ist dieses Menschenbild der Leistungslosigkeit etwa ein solches des Bewusstseins um den Geschenkcharakter des Daseins ... oder nicht vielmehr ein solches der Abhängigkeit und Unmündigkeit?«, kann die Antwort nur lauten: Nein! Gerade in der Leistungs(zwang)losigkeit drückt sich der Geschenkcharakter des Daseins aus. Das BGE beendet die Abhängigkeit, und zwar eben dadurch, dass es bedingungslos ist.

Derselbe Paulus, der den von Herrn Heinrichs so gern zitierten, folgeschweren Satz verlauten ließ: »Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen (Thessalonicher 3.10)«, verheißt der Gemeinde an anderer Stelle die bedingungslose Gnade Gottes: »Denn aus Gnade seid Ihr selig geworden durch Glauben, und das nicht aus Euch: Gottes Gnade ist es, nicht aus Werken, damit sich nicht jemand rühme.« (Epheser 2.8)

Wenn die Gnade Gottes schon umsonst ist, warum sollen wir Menschen dann so kleinlich sein, dass wir den Benachteiligten unserer Gesellschaft die Existenzgrundlage verweigern? Das BGE soll genau dieses verhindern. Herr Schlecht liegt falsch, wenn er sagt, dass das BGE die Menschen entsorgt. Es versorgt sie!

### Gewerkschaften brauchen den Arbeitszwang

Wer im Zusammenhang mit Menschen von Entsorgen spricht, macht sie zu Abfall. Schade, dass ein Gewerkschafter zu derartigen Wortspielen greift. Gewerkschafter sind nun einmal schlechte Kronzeugen, wenn es darum geht, nach dem Sinn von Erwerbsarbeit zu fahnden. Ihre Legitimation hängt direkt davon ab, dass genügend Menschen unter unbefriedigenden Bedingungen arbeiten müssen. Was würde wohl ein Friseur antworten, wenn man ihn fragt, ob er einen neuen Haarschnitt empfehlen würde?

Wenn Herr Heinrichs der Arbeitszeitverkürzung das Wort redet, wird ihm natürlich keiner widersprechen. Aber warum bekämpft er dann das BGE, das noch viel weiter geht und im Grunde genommen die konsequenteste Form von Arbeitszeitverkürzung ist? Warum scheut er vor dem Gedanken zurück, dass für die Existenz keine Gegenleistung zu fordern? Was soll der als »aktive« Teilgabe verklausulierte Arbeitszwang; warum darf an seine Stelle nicht die »freiwillige« Teilgabe treten?

Kann es vielleicht sein, dass Herrn Heinrichs die Vorstellung beunruhigt, das BGE könnte Erfolg haben und die Menschen zufriedener machen – und die von Marx vorhergesagte Revolution verhindern? Der im Artikel zum Ausdruck

## Das Grundeinkommen: Droge oder Lebensmittel?

---

gebrachte Verdacht, das BGE sei eine kapitalgesteuerte Massenberuhigungsstrategie, ließe diesen Schluss immerhin zu.

### Vorwürfe und Unterstellungen

Was ist für Heinrichs falsch an der Feststellung, es gebe nicht genug Erwerbsarbeit? Wozu seine Unterstellung der Lüge? Richtig: Es fehlt an Geld. Genauso richtig ist auch: Es gibt nicht genug bezahlte Erwerbsarbeit, sonst wäre ja keiner arbeitslos. Wo ist da die Lüge? Warum unterstellt Herr Heinrichs den Vertretern des BGE, sie würden den Unterschied zwischen bezahlter Arbeit und gesellschaftlichem Handlungsbedarf nicht erkennen? Was bezweckt diese Art von unsolidarischer Kritik? Hier wird eine Front aufgebaut, die letztendlich nur dem Kapital nützt, ganz im Sinne von »Teile und Herrsche«.

Selbstverständlich sehen die Befürworter des BGE die leeren Kassen und stellen sich die Frage, wer die Zeche am Ende zahlen soll. Genau dieser Punkt, die Suche nach einer Lösung für das Finanzproblem der Gemeinschaft, ist denn auch die große Schnittstelle zwischen Geldreformbewegung und der übrigen Linken. Doch was fällt Herrn Heinrichs dazu ein? Eine Fülle von Anschuldigungen und das nebulöse Bild eines Sockels, von dem jemand herunterzuholen sei. Wir fragen uns: Wer eigentlich? Von welchem Sockel? Spätestens bei seiner achten »kritischen Frage« verlässt Herr Heinrichs endgültig den Boden einer ernstzunehmenden, sachorientierten Auseinandersetzung.

Was ist der Sinn solch einer interessanten Wortschöpfung wie der »Pseudo-Utopie«? Haben die Vertreter des BGE etwa die »falsche« Utopie – oder gar keine? Oder bricht hier bereits die Ahnung durch, dass die Utopie bereits keine Utopie mehr sein könnte, weil das BGE schon fast in der Realität angekommen ist?

### Wurde das BGE einfach nur nicht verstanden?

Wie kommt Herr Heinrichs eigentlich darauf, jemand könne glauben, dass unangenehme Routinetätigkeiten, z.B. Reinigungs- und Packarbeiten in einer Gesellschaft mit BGE als freudiger Dienst oder gar zur inneren Selbstverwirklichung geleistet werden? Selbstverständlich müssten unangenehme Arbeiten dann entsprechend gut bezahlt werden. Wozu diese Schwarzweißmalerei von Erwerbsarbeit und Faulheit? Wer solche Bilder malt, hat das Wesen des BGE schlicht nicht verstanden.

Wem hilft der Vorwurf, das BGE würde nicht an den alten Geist des Kapitalismus herangehen. Will Herr Heinrichs die Menschen ändern, so dass sie dem Kapitalismus abschwören? Mit Arbeitszwang etwa? Beim Versuch, die Menschen zu ändern, sind bereits diverse realsozialistische Systeme grandios gescheitert. Dass sich die Menschen ändern lassen, kann inzwischen als falsifiziert gelten.

Ein zukunftsweisendes, erfolversprechendes System

muss die Menschen nehmen, wie sie sind; es muss ihnen die Chance geben, aus sich heraus ihre positiven Seiten zu kultivieren. Schade, dass diese Erkenntnis noch nicht bei Herrn Heinrichs angekommen ist.

### Aus gutem Grund für ein Grundeinkommen

An anderer Stelle (»Sprung aus dem Teufelskreis«) beklagt Herr Heinrichs die verpasste, historische Chance, Freiwirtschaft und Marxismus zusammenzuführen, und begründet dies mit dem Streit zwischen den Anhängern von Marx und Gesell. Vor unseren Augen entsteht gerade eine ähnliche, historische Chance. Wir können sie nutzen – oder nicht. In Anlehnung an Gesell könnte man auch sagen: Der Chance ist es egal, ob man sie verpasst. Vielleicht gibt es in hundert Jahren wieder eine.

Was spricht dagegen, die Idee des BGE mit der von Gesells Mutterrente zu verknüpfen? Die durch eine Bodenreform finanzierte Mutterrente ist faktisch bereits ein BGE. Aufgrund der damaligen, knappen Verhältnisse hat es Gesell realistisch auf die Kinder, d.h. die Bedürftigsten beschränkt, auszuzahlen an die Mütter, um sie wirtschaftlich unabhängig zu machen. Das heute geforderte BGE ist nichts anderes als die Mutterrente, erweitert auf alle Menschen. Wer für die Mutterrente ist, kann eigentlich nicht gegen das BGE sein. Die auch von Heinrichs zu Recht geforderte Bodenreform passt nahtlos ins Konzept und verleiht dem Begriff GRUND-Einkommen noch eine ganz andere Bedeutung.

Das BGE ist eine linke Konsensforderung, wenn es auch liberale Elemente enthält und deshalb von manchen Gruppierungen abgelehnt wird. Es entspricht geradezu den Grundgedanken der Humanwirtschaftspartei und könnte als politische Forderung ein Alleinstellungsmerkmal sein, schon allein wegen des Bezugs zu Gesell.

### Haut das Opium den Opi um?

Herr Heinrichs ist ein hochintelligenter Mensch und wird die Argumente in seinem Artikel nicht zufällig angehäuft haben. Den Strudel der Verwirrung, vor dem er eingangswarnt, schafft er mit seinem Artikel selbst. Seine Argumentation ist inkonsistent, jedenfalls findet sich beim besten Willen kein einziger belastbarer Punkt gegen ein BGE.

Kritik am BGE ist zweifelsohne nützlich und erwünscht, wenn sie sachlich und fair vorgebracht wird. Heinrichs hat recht, wenn er schreibt: »Die Frage nach einem BGE ohne Arbeit rührt unmittelbar an die tiefsten Fragen des Menschenbildes und Gesellschaftsbildes.« Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen und es bleibt zu hoffen, dass sein Artikel ein Ausrutscher war. Manchmal haut das neoliberale Opium wohl selbst den nettesten Opi um.

Wenn Heinrichs' Artikel auch viel Polemik und wenig inhaltliche Substanz enthält, ist er doch in gewisser Weise wertvoll. Er hat bei BING die ohnehin schon rege Ausein-

## Das Grundeinkommen: Droge oder Lebensmittel?

---

andersetzung mit dem Grundeinkommen weiter intensiviert und darüber hinaus im LV Berlin der Humanwirtschaft eine lebhaft diskutierte Position in Gang gesetzt, welche die Partei künftig bezüglich des Grundeinkommens einnehmen soll. Im Idealfall wird diese Diskussion parteiweit aufgegriffen und zielgerichtet fortgeführt. Dann könnte sich in absehbarer Zeit eine eindeutige Haltung der Humanwirtschaftspartei zum Thema herauskristallisieren.

### Warum das BGE gut zur Humanwirtschaft passt

Die Standpunkte der Freiwirtschaftler zum BGE sind im Moment widersprüchlich. Da die Ablehnung leistungsloser Einkommen, beispielsweise aus Grund- und Kapitalbesitz, ein zentraler Punkt der Freiwirtschaft ist, liegt es für viele nahe, quasi im Umkehrschluss, das Erbringen von Leistung als Voraussetzung für Einkommen zu erheben. Damit die Mutterrente mit dieser Leistungsethik im Einklang steht, wird sie dann oft als eine Art Entlohnung für die soziale Funktion des Kindererziehens interpretiert.

Dieses Bild ist jedoch viel zu einfach gestrickt, denn Gesells Vision von einer funktionierenden Gesellschaft ging weit über die Forderung, leistungslose Einkommen zu verhindern, hinaus. Mindestens ebenso wichtig war es ihm, Hierarchien und Abhängigkeiten aufzubrechen.

Bei Gesells Überlegungen zur Mutterrente dürfte der Aspekt der Entlohnung für Erziehungstätigkeit nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Vielmehr hatte er die Vision, dass eine Gesellschaft langfristig davon profitiert, wenn Frauen ihre Partner nicht nach der Dicke des Geldbeutels aussuchen müssen, sondern ihren Gefühlen folgen können.

Wesentlich sind dabei zwei Aspekte: Erstens die Beseitigung von Existenzangst. Frauen mit Anspruch auf Mutterrente hätten die Sicherheit, dass die Ernährung eventueller Kinder in jedem Fall gesichert sein wird. Zweitens das Vertrauen darauf, dass die Frauen ohne Existenzangst von sich aus im Sinne der Gesellschaft handeln. Hinter Gesells Mutterrente steht also die Philosophie, dass öffentliche Einnahmen in Form von Sozialtransfers zur Verringerung von Existenzangst eingesetzt werden sollen, um so die Entscheidungsspielräume der Individuen zu vergrößern.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft vergleichsweise gering; insofern war es zwingend erforderlich, den Transfer auf die bedürftigste Gruppe, die Kinder, zu begrenzen. Der Begriff Mutterrente ergibt sich aus der Tatsache, dass damals fast ausnahmslos die Frauen für die Kindererziehung zuständig waren.

Aufgrund der dramatisch gestiegenen Produktivität ist es inzwischen nicht nur unnötig, sondern schlicht unmöglich, dass Arbeit im hergebrachten Sinn die Grundlage der Existenzsicherung bildet. Insofern ist das BGE die logische

Fortführung der Idee, die hinter Gesells Mutterrente steht. Es basiert auf denselben Überlegungen wie die Mutterrente: Den Menschen wird die Existenzangst genommen, im Vertrauen darauf, dass jeder für sich den gewonnenen Handlungsspielraum nutzt und im Sinne der Gesellschaft handelt.

### Das BGE als Meilenstein auf dem Weg zur Freiwirtschaft

Durch die Auflösung von Existenzängsten würde das BGE im Nebeneffekt ein entspannteres gesellschaftliches Klima schaffen, in dem die Menschen weniger leicht durch kurzfristige politische Manöver zu beeindruckenden sind. Es ist zu erwarten, dass ein solches Klima ganz allgemein eine Versachlichung der politischen Debatte mit sich bringen würde. Unter diesen Bedingungen wäre es natürlich sehr viel leichter als heute, die Hauptanliegen der Humanwirtschaft, d. h. die Realisierung von Freigeld und Bodenreform, voranzutreiben.

Aber auch aus rein wahltaktischen Erwägungen ist es dringend erforderlich, dass sich die Partei für das BGE öffnet und sich in dieser Hinsicht klar positioniert. Immer mehr Bürger sehen im BGE eine sinnvolle Alternative zum derzeitigen, im Scheitern begriffenen Sozialstaatmodell. Es wäre fatal, wenn man an dieser Stelle potentielle Wähler vergraulen würde.

Wie schnell das geht, zeigen die Ergebnisse der Berliner Abgeordnetenhauswahl. Der Spitzenkandidat Heinrichs hatte während des Wahlkampfes keinen Hehl aus seiner ablehnenden Haltung zum BGE gemacht. Die Quittung kam prompt: obwohl ein Großteil der Öffentlichkeitsarbeit auf seine Person zugeschnitten war, erhielt er nur gut die Hälfte der Erststimmen (104), die die beiden anderen Direktkandidaten auf sich vereinigen konnten (184 bzw. 189).

Es gibt in der öffentlichen Meinung einen klaren Trend in Richtung BGE, dem man sich als Partei nicht ungestraft widersetzen kann. Für die Humanwirtschaft ist dieser Trend höchst begrüßenswert, denn das BGE könnte ein willkommener Zwischenschritt auf dem Weg zur Freiwirtschaft sein.

*Stephan Kunder, 39, freier Journalist, Mitglied der INWO und der Humanwirtschaftspartei, war lange beim Berliner Regional aktiv.*

*Theophil Wonneberger, 29, Student der Psychologie, Mitglied der INWO und der Humanwirtschaftspartei, aktiv im Netzwerk Grundeinkommen.*